



# **Erklärung des Bayerischen Ethikrates zum völkerrechtswidrigen Vorgehen Russlands in der Ukraine**

(München, 15. März 2022)

Der von der russischen Führung ausgelöste völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen die souveräne Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Der Bayerische Ethikrat verurteilt diesen Angriff des russischen Aggressors auf das Schärfste.

Dieser Angriffskrieg destabilisiert nicht nur mutwillig die europäische politische Friedensordnung, sondern bringt Unheil, Leid und Tod über die betroffenen Menschen. Das gilt für die ukrainische Bevölkerung und die ukrainischen Verteidiger ebenso wie für die sinnlosen Verluste, die dieser Krieg auch beim Angreifer fordert.

Die politische und moralische Verurteilung des Geschehens ist für den Bayerischen Ethikrat selbstverständlich. Darüber hinaus möchte der Bayerische Ethikrat mit dieser kurzen Erklärung auf Folgendes hinweisen:

Dieser Krieg macht darauf aufmerksam, was freie Staaten mit einer pluralistischen Kultur, mit vielfältigen Lebensformen, mit religiöser Toleranz und individueller Freiheit, mit Gewaltenteilung und freiem Rechtswesen zu verlieren haben, wenn autoritäre Politikformen sich durchsetzen.

Vor diesem Hintergrund stellen sich manche öffentlichen Konfliktformen der Auseinandersetzung, wie sie in den letzten Jahren während der Pandemie, aber auch im Nachgang der Fluchtmigration nach 2015 in unserem Land zu beobachten waren, anders dar. Kontroversen, auch harte Differenzen sind gerade kein Hinweis auf „Diktatur“ oder auf eine Krise der Demokratie, wie immer wieder unterstellt wird. Vielleicht kann die Aggression im Osten Europas gegen die Herausforderungen der Demokratie, des Pluralismus, der Pressefreiheit und der freien Rede als Chance begriffen werden, die inhaltliche, sachbezogene und auch kontroverse Form der politischen Willensbildung schätzen zu lernen. Wie fragil und voraussetzungsreich all das ist, wird gerade nur zu deutlich.

Wir begrüßen das große zivilgesellschaftliche und staatliche Engagement bei der Aufnahme ukrainischer Geflüchteter. Es ist uns zudem ein Anliegen, zu betonen, dass Menschen russischer Herkunft oder Staatsbürgerschaft in Deutschland nicht unter Generalverdacht geraten dürfen.

Wir alle haben viel zu verlieren – und hoffen für die russische Gesellschaft, dass sich auch dort der Wille zu Ergebnisoffenheit, Pluralität und demokratischem Interessenausgleich durchsetzen wird. Wir hoffen, dass diese Kräfte in der Russischen Föderation in dieser Situation gestärkt werden und verneigen uns vor den mutigen Menschen, die dort unter Einsatz der eigenen Freiheit für die Freiheit der Menschen in der Ukraine protestieren.